

- Einwendung Nr. 1)
Die Einwendung bezieht sich auf eine externe Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes.
Die 2. Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes erfolgt in einem partizipativen Prozess, der vom Institut für Soziale Innovation mit Sitz in Solingen fachlich begleitet wird. Eine Beratung und Beschlussfassung erfolgt in den zuständigen politischen Gremien im Frühjahr 2017.
- Einwendung Nr. 2)
Die Einwendung bezieht sich auf eine externe Begleitung des Projektes „Begegnungszentrum Dorenkamp“.
Die Beauftragung eines externen Büros mit der Erstellung eines baulichen und inhaltlichen Konzeptes wurde bereits bei der Antragstellung zu diesem Förderprogramm mit aufgeführt und wurde im Zuwendungsbescheid berücksichtigt. Die Ausschreibung und Vergabe für die Erstellung eines solchen Konzeptes erfolgte 2016 im Quartal III/IV und das beauftragte Büro hat mit der Erstellung des Konzeptes begonnen.
- Einwendung Nr. 3)
Die Einwendung bezieht sich auf die Einplanung von Haushaltsmitteln für ein externes Gutachten zum Thema „Soforthilfe für Unwetter-Opfer auch in Rheine“.
Ohne Anerkennung einer Rechtspflicht halfen die Technischen Betriebe Rheine AöR den Betroffenen wie folgt: An den beiden folgenden Samstagen konnte der Wertstoffhof kostenfrei beliefert werden. Zusätzlich erfolgten kostenfreie Abholungen von Sperrmüll.
Sollte es sich um Versicherungsschäden handeln, so werden die Kosten der privaten Containerentsorgung auch von der Versicherung übernommen.
Insofern besteht hier weder ein Bedarf noch ein Rechtsanspruch.
Die Veranschlagung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für ein externes Gutachten ist nicht erforderlich.
- Einwendungen Nr. 4) und Nr. 5)
Die Einwendung bezieht sich auf die Einplanung von Haushaltsmitteln für ein externes Gutachten zum Thema „Spray Attacke der Ems-Galerie in Rheine und im Umland“.
Ein externes Gutachten zur Sachaufklärung ist nicht erforderlich. Es hat diesbezüglich eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bauverwaltung, die für die Erteilung einer Sondernutzung zuständig ist, und dem Rechtsamt stattgefunden, um den Sachverhalt vollständig aufzuklären. Der „Täter“ wurde auch durch einen regen Austausch mit der Stadt Ibbenbüren sehr schnell ermittelt und durch die Bauverwaltung kontaktiert. Zeitgleich wurde geprüft, ob ein Strafantrag wegen Sachbeschädigung gestellt wird und ein Bußgeldverfahren wegen der Schmierereien eingeleitet wird. Diesbezüglich liegt beim Rechtsamt auch ein Gutachten vor, wie in solchen Fällen verfahren werden kann. Da der Täter die Schmierereien jedoch selbst und auf eigene Kosten entfernt hat und in den anderen Kommunen die Kosten der bis dahin angefallenen Reinigungsarbeiten durch die jeweiligen Bauhöfe erstattet hat, bestand hier allgemeiner Konsens, nicht weiter gegen die Verursacher vorzugehen.
Die Veranschlagung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für ein externes

Gutachten ist nicht erforderlich.

- Einwendung Nr. 6)
Die Einwendung bezieht sich auf die Einplanung von Haushaltsmitteln für ein externes Gutachten zum Thema „Umweltverschmutzung durch Biogas“. Seit Anfang 2008 ist der Kreis Steinfurt auch für den Immissionsschutz zuständig (unter anderem Luftreinhaltung und Lärmschutz). Dies gilt insbesondere für Genehmigungen und die Überwachung in den Bereichen Landwirtschaft, Nahrungsmittelverarbeitung, Energie (einschl. Windkraft- und Biogasanlagen) sowie gewerbliche Anlagen, für die eine Genehmigungs- bzw. Überwachungspflicht nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz besteht. Die Stadt Rheine ist daher nicht für die Überprüfung zuständig, gleichwohl der Bereich Umwelt und Klimaschutz eingehende Hinweise und Informationen an die zuständigen Stellen weiterleitet.
Die Veranschlagung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für ein externes Gutachten ist nicht erforderlich.
- Einwendung Nr. 7)
Die Einwendung bezieht sich auf die Einplanung von Haushaltsmitteln für ein externes Gutachten zum Thema „Befangenheit und Verletzung der Schweigepflicht“. Dem Einwender ist aufgrund seiner Flut von E-Mails, Schreiben, Einwendungen, Anträgen, Wortmeldungen in Einwohnerversammlungen etc. in den letzten 6 Jahren - u. a. nach einstimmigem Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses am 25.11.2014 - mehrfach mitgeteilt worden, dass die Verwaltung u. a. aufgrund seiner missbräuchlich genutzten Petitions- bzw. Bürgerrechte sowie der nur beschränkt vorhandenen Personalressourcen hierauf nicht mehr reagieren werde, solange er bzw. seine Familie nicht durch ein behördliches Verfahren unmittelbar betroffen ist.
Diese Einwendung bezieht sich auf derartige Anträge aus der Vergangenheit. Die Veranschlagung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für ein externes Gutachten ist nicht erforderlich.
- Einwendung Nr. 8)
Die Einwendung bezieht sich auf die Einplanung von Haushaltsmitteln für ein externes Gutachten zum Thema „Reduzierung der Zahl der Beigeordneten in der Stadt Rheine“. Eine Prüfung der Einwendung hat ergeben, dass diese Einwendung inhaltlich im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2016 in den zuständigen Gremien unabhängig von der jetzigen Einwendung diskutiert, abgewogen und entschieden wurden. Es sind keine weitergehenden rechtlichen und sachlichen Tatbestände erkennbar.
Die Veranschlagung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für ein externes Gutachten ist nicht erforderlich.

Im Übrigen stehen im Haushalt Mittel für Gutachterkosten zur Verfügung.